

Michalski, Wolfgang

Article — Digitized Version

Export ist keine Einbahnstraße

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Michalski, Wolfgang (1968) : Export ist keine Einbahnstraße, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 48, Iss. 4, pp. 165-166

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133826>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Export ist keine Einbahnstraße

Seit mehr als zehn Jahren gefährden angeblich Steuererhöhungen, Lohnsteigerungen und andere Belastungen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt. Der deutsche Anteil am Weltexport nimmt seit ebenso langer Zeit nicht ab, sondern zu; die deutsche Zahlungsbilanz tendiert zu Überschüssen und nicht zu Defiziten. Da Exportmaximierung zudem nicht zu den allgemein anerkannten Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik zählt, ist es bemerkenswert, daß die Sorge um die Entwicklung der internationalen Wettbewerbsposition der deutschen Industrie immer noch zu den Evergreens der wirtschaftspolitischen Diskussion gehört.

Die höchste Lautstärke erreichen die diesbezüglichen Klagegesänge in der Regel dann, wenn sich die Zahlungsbilanzüberschüsse zu verringern drohen und wenn Maßnahmen zur Realisierung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts zur Diskussion gestellt werden. Allzu nahe liegt der Verdacht, daß auch hier wieder einmal eine im einzelwirtschaftlichen Bereich eindeutig determinierte und sinnvolle Kategorie unkritisch auf gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge übertragen wird. Steigende Exporte werden als Maßstab für wirtschaftlichen Erfolg angesehen. Wachsende Gold- und Devisenreserven geben — ebenso wie hohe Kassenbestände im Unternehmen — das beruhigende Gefühl, nicht illequide zu sein.

Übersehen wird bei diesem einzelwirtschaftlichen Denkansatz, daß nicht nur permanente Zahlungsbilanzdefizite und chronischer Mangel an internationaler Liquidität, sondern ebenfalls ständige Zahlungsbilanzüberschüsse und eine fortgesetzte Erhöhung der Gold- und Devisenreserven die Verwirklichung der allgemein anerkannten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen in Frage stellen. Für das außenwirtschaftliche Gleichgewicht gilt dies ex definitione. Bei Vollbeschäftigung gefährden Zahlungsbilanzüberschüsse die Preisstabilität. Die Gold- und Devisenreserven der Notenbank stellen ferner nicht gerade eine besonders produktive Kapitalanlage dar, zumal dann nicht, wenn gleichzeitig Kapitalimport zu hohen Zinssätzen stattfindet.

Dennoch ist die Sorge um die Entwicklung der internationalen Wettbewerbsposition der deutschen Industrie angesichts der dauernden Zahlungsbilanzüberschüsse nicht in jedem Falle ein Argument skrupelloser Interessenpolitik noch das Produkt wirtschaftspolitischer Ignoranz. Sowohl die hohe durchschnittliche Steigerungsrate des Exports als auch die Tatsache, daß er in allen zu beobachtenden Rezessionsphasen ausgesprochen stabilisierend gewirkt hat, läßt erkennen, daß der Export für das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik eine hervorragende Rolle spielt. Noch deutlicher wird die wachstumsstrategische Relevanz des Exports, wenn man sich gleichzeitig seine Wirkungen auf die Erhöhung des volkswirtschaftlichen Produktionspotentials vergegenwärtigt.

Die überdurchschnittliche Steigerung der Ausfuhr hat zu einer Erhöhung des Anteils der Investitionsgüternachfrage an der effektiven monetären Gesamtnachfrage geführt. Damit dürfte der Export in hohem Maße Ursache für die positiven Produktivitätseffekte infolge des Wandels der Produktions- und Beschäftigtenstruktur in Westdeutschland sein. Außerdem handelt es sich bei den wichtigsten deutschen Exportindustrien, wie Maschinenbau, Fahrzeugbau, chemische Industrie, elektrotechnische Industrie sowie Eisen- und Stahlindustrie, überwiegend um Industriezweige, bei denen der deutsche Inlandsmarkt allein die Produktion bei der heute optimalen Betriebsgröße kaum noch zuläßt. Dem Export muß daher ebenfalls ein Teil jener gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritte zugerechnet werden, die erst bei der Herstellung von Großserien zum Tragen kommen.

Da sich der Spielraum für ein extensives Wachstum der deutschen Wirtschaft auf der Basis einer Erhöhung des Arbeitskräftepotentials oder der Beschäftigung im

Laufe der Jahre immer mehr verringert hat, wird es in Zukunft noch mehr als bisher darauf ankommen, das wirtschaftliche Wachstum außer durch vermehrte Anstrengungen zur Entwicklung fortschrittlicherer Produktionsverfahren durch weitere Veränderung der Produktions- und Beschäftigtenstruktur zu sichern. Da die besonders exportintensiven Investitionsgüterindustrien im Rahmen der deutschen Wirtschaft aller Wahrscheinlichkeit nach auch weiterhin eine überdurchschnittliche Produktivität aufweisen werden und gleichzeitig die hohe Einkommenselastizität der Investitionsgüternachfrage im Zuge des industriebestimmten weltwirtschaftlichen Wachstums ebenfalls auf längere Sicht kaum sinken dürfte, wird das künftige wirtschaftliche Wachstum in der Bundesrepublik in starkem Maße von einer weiteren Steigerung der deutschen Exporte und somit von der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt bestimmt.

Nicht zu übersehen ist indessen, daß zwischen den Zielsetzungen Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht unter den gegebenen währungspolitischen Bedingungen ein Konflikt besteht. Will man das System der fixierten Wechselkurse beibehalten und zugleich auf exportinduziertes Wachstum nicht verzichten, so läßt sich diese Antinomie nur dadurch lösen, daß durch erhöhte Importe und steigende Kapitalexporte zusätzliche Möglichkeiten für den Ausgleich der Zahlungsbilanz geschaffen werden. Allerdings haben gerade diese Aspekte anders als üblicherweise Steuererhöhungen und Lohnsteigerungen im Rahmen der Diskussion um die Entwicklung der internationalen Wettbewerbsposition der deutschen Industrie nicht die geringste Beachtung gefunden. Einmal mehr zeigt sich auch hieran, wie wenig die diesbezüglichen Erörterungen die notwendige gesamtwirtschaftliche Orientierung aufweisen, wie sehr statt dessen noch immer die einzelwirtschaftliche Analogie den Blick für die entscheidenden wirtschaftspolitischen Perspektiven vernebelt.

Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen sind jedoch wichtiger, als nationalökonomischen Bildungsnotstand zu beklagen. Worauf es künftig noch mehr als schon bisher ankommt, ist, wirtschaftliches Wachstum bei steigenden Exporten und außenwirtschaftliches Gleichgewicht zugleich zu realisieren. Die Aufgabe einer umfassenden wirtschaftspolitischen Wachstumsstrategie ist es, den Konflikt zwischen diesen Zielsetzungen nicht nur kurzfristig, sondern vor allem auch langfristig zu beseitigen.

Geht man davon aus, daß der Engpaß für das wirtschaftliche Wachstum in der Bundesrepublik außer in der zahlungsbilanzpolitisch begrenzten Exportmöglichkeit auf lange Sicht insbesondere im Arbeitskräftepotential liegt, so muß es als zweckmäßig angesehen werden, in immer stärkerem Umfang all jene Produkte einzuführen, deren Herstellung in hohem Maße arbeitsintensiv und mit hohen Lohnkosten verbunden ist. Vorteilhaft ist hierbei, daß sich dieser Produktionsverzicht nicht selten mit dem zweiten Weg zum Ausgleich der Zahlungsbilanz, dem Kapitalexport, verbinden läßt — vor allem dann, wenn Unternehmer Produktionen in dafür geeigneten Ländern aufbauen und so dem wachsenden Lohndruck ausweichen.

Die Forcierung der Auslandsinvestitionen kann unmittelbar zu einer Verbesserung der deutschen Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt führen. Denn bei vielen Produkten hängt der Exporterfolg nicht nur von einer effizienten Vertriebsorganisation im Importland, sondern zugleich von einem gut ausgebauten Service-Netz ab. Daß auch Montagebetriebe oder sogar Produktionsstätten im Ausland nicht, wie vielfach behauptet wird, das eigene Exportgeschäft schmälern müßten, läßt sich anhand vielfältiger Beispiele belegen.

Auch bei fixierten Wechselkursen besteht zwischen wirtschaftlichem Wachstum bei steigenden Exporten und Ausgleich der Zahlungsbilanz nicht notwendig ein Konflikt. Unausweichlich ist er indessen, wenn erstens eine allzu konservierende Strukturpolitik betrieben wird, die nicht nur den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt, sondern ebenfalls das stärkere Ansteigen der Importe hemmt, und wenn zweitens deutsche Auslandsinvestitionen von seiten der politischen Instanzen nur unzureichend gefördert und insbesondere im Hinblick auf die politischen Risiken nicht immer hinreichend geschützt werden.

Wolfgang Michalski